

IW-Reformbarometer

Abzüge für Gesundheitspolitik

Die große Koalition bringt ihre angekündigten Maßnahmen bislang allenfalls in kleinen Schritten voran: Das Reformbarometer des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) kletterte seit November 2005 lediglich von 107,3 auf 109,2 Punkte. Der Indikator bewertet monatlich die Pläne und Beschlüsse der Bundesregierung in der Arbeitsmarkt-, Sozial- sowie der Steuer- und Finanzpolitik. Der Index war im September 2002 mit einem normierten Wert von 100 Zählern gestartet.

Im Bereich der Gesundheitspolitik marschiert Schwarz-Rot sogar in die falsche Richtung. So stellt der anvisierte Gesundheitsfonds weder die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung auf ein solides Fundament, noch koppelt er die Gesundheitsausgaben vom Faktor Arbeit ab. Außerdem drohen im kommenden Jahr kräftige Beitragssatzerhöhungen, und die künftige Finanzierung der Mitversicherung von Kindern ist nach wie vor unklar. Insgesamt hat die Vorstellung der Gesundheitsreformpläne den sozialpolitischen Teilindikator im Juli 2006 um knapp 12 auf 104,8 Punkte abstürzen lassen. Einen Rückgang um 2,5 auf 134,1 Zähler gab es seit Februar auch auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik – unter anderem aufgrund der Verabschiedung des die Bürokratie fördernden Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes. Pluspunkte konnte die Regierung lediglich in der Steuer- und Finanzpolitik kassieren, wenngleich die halbherzige Entlastung der Firmen im Rahmen der vorgesehenen Unternehmenssteuerreform alles andere als ein großer Wurf ist.

Gesprächspartner im IW: **Dr. Benjamin Scharnagel, Telefon: 0221 4981-787**

IW-Reformbarometer

Wettersturz durch Gesundheitsfonds

Die große Koalition bringt ihre angekündigten Reformen bislang allenfalls in kleinen Schritten voran. In manchen Bereichen marschiert sie sogar in die falsche Richtung. So drohen im Zuge der anvisierten Umgestaltung des Gesundheitssystems kräftige Beitragserhöhungen. Aber auch die Pläne zur grundsätzlich sinnvollen Unternehmenssteuerreform sind kein großer Wurf, da nur ein Teil der Firmen mit einer Entlastung rechnen darf.

Politiker sind oft wahre Könner darin, den Früchten ihrer Arbeit wohlklingende Namen zu geben. So wurde das zuvor verpönte Antidiskriminierungsgesetz inzwischen unter dem harmloseren Titel „Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz“ beschlossen. Dem maladen Krankenversicherungssystem soll der „Gesundheitsfonds“ ab 2008 auf die Beine helfen. Und die Gewerbe- sowie die Körperschaftsteuer werden demnächst als „kommunale“ bzw. „föderale Unternehmenssteuer“ den Fiskus beglücken.

Doch was schön klingt, muss noch lange nicht richtig sein – zumindest nicht für die Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung in Deutschland. Dies zeigt das Reformbarometer des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW). Es bewertet monatlich Pläne und Beschlüsse in der Arbeitsmarkt-, Sozial- sowie der Steuer- und Finanzpolitik. Seit dem jüngsten Regierungswechsel waren hier noch keine großen Sprünge nach vorn zu beobachten (Grafik):

Das IW-Reformbarometer kletterte seit November 2005 lediglich von 107,3 auf 109,2 Punkte.

Die aktuelle Bilanz der großen Koalition im Einzelnen:

- **Arbeitsmarktpolitik.** In diesem Bereich hat die Bundesregierung bislang nur Stückwerk produziert. So sind die jüngsten Änderungen bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende zwar sinnvoll – z.B. erhalten diese nun ein Job-Sofortangebot, werden allerdings bei Nichtannahme einer Tätigkeit auch härter sanktioniert. Dennoch doktern Müntefering und Co. damit nur an den Symptomen herum. Offenbar fehlt der Koalition die Kraft, die massiven Konstruktionsmängel bei der Zusammenlegung von

Arbeits- und Sozialhilfe – vor allem die unklare Kompetenzverteilung zwischen Bundesagentur und Kommunen – zu beheben.

Energie verschwendet wurde dagegen beim Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, mit dem die Bundesregierung vier europäische Antidiskriminierungsrichtlinien über das erforderliche Maß hinaus umgesetzt hat. Die neuen Bestimmungen machen das Arbeitsrecht noch komplizierter und sorgen so für einen größeren bürokratischen Aufwand.

Als gut gemeint, aber nicht gut gemacht erweist sich auch das Elterngeld. Zwar kann die finanzielle Hilfe manchen Familien die Entscheidung für ein Kind erleichtern. Doch indem das Elterngeld bis zu 24 Monate lang gezahlt wird, erweist die Regierung jungen Müttern einen Bärendienst. Denn diese werden dazu verleitet, eine lange Auszeit vom Job zu nehmen. Danach dürften es die Frauen nicht selten schwer haben, wieder im Beruf Fuß zu fassen.

All dies hat den Teilindikator für den Arbeitsmarkt seit Februar 2006 um 2,5 auf 134,1 Punkte sinken lassen.

Die ersten Reformfolge von Schwarz-Rot auf diesem Gebiet sind damit zum Teil schon wieder aufgezehrt.

- **Sozialpolitik.** Hier haben die Pläne zur Neugestaltung des Gesundheitssystems dunkle Wolken am Reformhimmel aufziehen lassen. Denn der Gesundheitsfonds stellt weder die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung auf ein solides Fundament, noch koppelt er die Gesundheitsausgaben vom Faktor Arbeit ab. Die angesichts der alternden Bevölkerung voraussichtlich steigenden Ausgaben für Operationen, Medikamente etc. dürften daher die Arbeitskosten wei-

ter nach oben treiben und Jobs gefährden. Damit der Gesundheitsfonds 2008 ohne die Altschulden der Krankenversicherungen starten kann, wird sich der durchschnittliche Beitragssatz ohnehin von derzeit 13,3 Prozent auf voraussichtlich 14,0 Prozent im Jahr 2007 erhöhen.

Auch der neue Steuerzuschuss für die bisher beitragsfreie Mitversicherung von Kindern, der bis 2009 auf 3 Milliarden Euro klettern soll, bringt keine Entlastung für das beitragsfinanzierte Gesundheitssystem. Denn bislang gewährte die Regierung den Krankenkassen eine Bundeszuweisung von zuletzt 4,2 Milliarden Euro, die allerdings ab 2007 wegfällt. Wie die für die Kinderversicherung insgesamt benötigten 14 bis 16 Milliarden Euro künftig finanziert werden sollen, ist zudem weiterhin unklar – wobei Schwarz-Rot zusätzliche Steuererhöhungen nur für die laufende Legislaturperiode ausgeschlossen hat.

Die Wirkung dieser Ungereimtheiten auf das IW-Reformbarometer ist klar und eindeutig:

Die Vorstellung der Gesundheitsreformpläne führte dazu, dass der sozialpolitische Teilindikator im Juli um knapp 12 auf 104,8 Zähler abstürzte.

- **Steuer- und Finanzpolitik.** Auf diesem Terrain bewegte sich die Bundesregierung in den vergangenen Monaten mit etwas mehr Geschicklichkeit:

Der steuer- und finanzpolitische Reformindex legte im letzten halben Jahr um 13,6 auf 88,6 Punkte zu.

Einen Beitrag hierzu leistete das vorgelegte Konzept zur Unternehmenssteuerreform. Im Jahr 2008 soll die tarifliche Steuerbelastung der Kapitalgesellschaften von 38,7 auf 29,2 Prozent sinken. Den Unternehmen winkt damit eine jährliche Entlastung um bis zu 5 Milliarden Euro. Damit könnte die Position Deutschlands im internationalen Standortwettbewerb gestärkt werden.

Allerdings müssen die heimischen Firmen auch einige Kröten schlucken. Denn nach den Eckpunkten der großen Koalition könnten künftig bestimmte er-

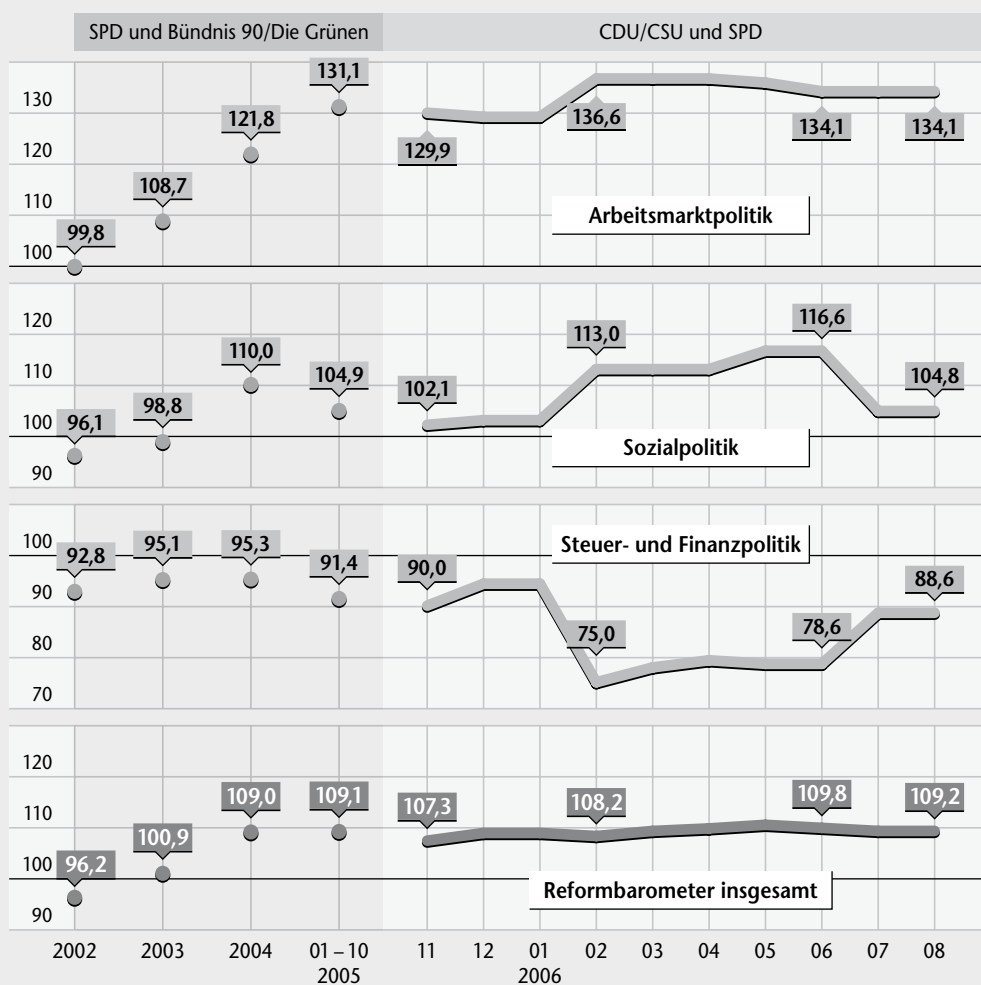
tragsunabhängige Größen, wie z.B. Schuldzinsen, zu einem Teil für die Ermittlung der Gewerbe- und der Körperschaftssteuer herangezogen werden. Damit würden nach Berechnungen des IW Köln Kapitalgesellschaften erst ab einer Eigenkapitalrendite von mehr als 9 Prozent von der geplanten Reform profitieren (vgl. iwD 26/2006). Völlig offen ist außerdem, ob auch die Steuerlast von Personenunternehmen verringert wird.

Den Teilindikator zur Steuer- und Finanzpolitik nach oben getrieben hat weiterhin, dass dank des konjunkturellen Rückenwinds das staatliche Defizit vielleicht schon 2006 unter die Maastrichter Schwelle von 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sinken könnte. Zudem sollen 2007 erstmals seit fünf Jahren wieder weniger Kredite aufgenommen, als öffentliche Investitionen getätigt werden. Diese Erfolge hat sich die von CDU/CSU und SPD geführte Regierung allerdings teuer erkauft – indem sie beschloss, den Normsatz der Mehrwert- und der Versicherungssteuer von 16 auf 19 Prozent zu erhöhen und zahlreiche Steuervergünstigungen zu streichen.

Einen stärkeren Anstieg des Reformbarometers verhinderte hier schließlich die so genannte Reichensteuer – ab einem Einkommen von 250.000 bzw. 500.000 Euro sollen Alleinstehende bzw. Verheiratete künftig 45 statt 42 Prozent Steuern zahlen. Das Aufkommen aus dieser Steuererhöhung dürfte jedoch gering sein. Die Maßnahme könnte sogar zum Bumerang werden, da sie wirtschaftliche Leistungsträger bestraft.

IW-Reformbarometer: Unterm Strich kaum Bewegung

Der Indikator beurteilt, inwieweit Reformvorhaben in der Arbeitsmarktpolitik, der Sozialpolitik sowie der Steuer- und Finanzpolitik die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland verändern. September 2002 = 100, Werte über 100: Verbesserung, Werte unter 100: Verschlechterung



2002 bis 2004 sowie Januar bis Oktober 2005: Durchschnittswerte; ab November 2005: Monatsendwerte
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Die jüngsten Maßnahmen der großen Koalition

März 2006

Föderalismusreform (am 1. 9. 2006 in Kraft getreten):

- Nationaler Stabilitätspakt (Bei Verstoß gegen das Maastrichter Defizitkriterium tragen Bund und Länder die Sanktionen der EU zu 65 bzw. 35 Prozent.)

April 2006

Entwurf eines Mittelstands-Entlastungsgesetzes (tritt am 1. 1. 2007 in Kraft), u.a.:

- Vereinheitlichung von Schwellenwerten im Bilanz- und Steuerrecht
- Abbau von Buchführungspflichten für kleine Unternehmen

Mai 2006

Entwurf eines Hartz-IV-Fortentwicklungsgesetzes (zum 1. 7. 2006 in Kraft getreten), u.a.:

- Einführung von Job-Sofortangeboten an neue ALG-II-Empfänger
- Verschärfte Sanktionen bei wiederholter Pflichtverletzung des Arbeitslosen
- Zusammenführung des Existenzgründungszuschusses (Ich-AG) und des Überbrückungsgeldes zum neuen Gründungszuschuss (ab dem 1. 8. 2006)

Entwurf eines Steueränderungsgesetzes 2007 (tritt am 1. 1. 2007 in Kraft), u.a.:

- „Reichensteuer“: Erhöhung des Spitzensteuersatzes von 42 auf 45 Prozent ab einem zu versteuernden Einkommen von 250.000/500.000 Euro (Alleinstehende/Verheiratete)
- Senkung des Sparerfreibetrags von 1.370/2.740 Euro (Alleinstehende/Verheiratete) auf 750/1.500 Euro
- Wegfall der Entfernungspauschale für die ersten 20 Entfernungskilometer

Juni 2006

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des Elterngeldes (soll am 1. 1. 2007 in Kraft treten):

- Einführung eines monatlichen Elterngeldes (67 Prozent des Nettoerwerbseinkommens) von mindestens 300 und höchstens 1.800 Euro
- Bezugsdauer: 12 plus 2 (Partner-)Monate; Verlängerungsoption auf 24 plus 4 (Partner-)Monate bei halber Elterngeldhöhe

Juli 2006

Entwurf des Bundeshaushalts 2007:

- Gesamtausgaben: 267,6 Milliarden Euro; Nettokreditaufnahme von 22 Milliarden Euro bei Investitionen von 23,5 Milliarden Euro

Eckpunkte einer Gesundheitsreform 2006:

- Erhöhung des GKV-Beitrags zum 1. 1. 2007
- Einführung eines Gesundheitsfonds ab 2008
- Schrittweise Steuerfinanzierung der beitragsfreien Kinder-Versicherung in der GKV

Eckpunkte der Unternehmenssteuerreform

(soll am 1. 1. 2008 in Kraft treten):

- Senkung der tariflichen Belastung der Kapitalgesellschaften von 38,7 auf unter 30 Prozent
- Einbeziehung von Zinsen, Mieten, Leasingraten und Pachten in die Bemessungsgrundlage der Gewerbe- und der Körperschaftsteuer
- Nettoentlastung der Unternehmen um maximal 5 Milliarden Euro im Jahr

Zusammenstellung: Institut der deutschen Wirtschaft Köln